



Berliner Arbeiter: Jetzt ist die Stunde des Kampfes! Gegen die Privatisierung! Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Demonstriert vor der Volkskammer Dienstag, 6. März, 17 Uhr

Die Frankfurter Bankiers und Bonner Politiker wollen die DDR aufkaufen, und die Modrow/Luft-Regierung will sie Stück für Stück verschleudern, und dann Schluß machen. Gegen die Einschüchterungskampagne müssen wir Arbeiter unsere VEBs und unseren Arbeiterstaat verteidigen. Nur so kann man die drohenden Massenentlassungen und den Abbau der sozialen Errungenschaften stoppen.

Am 6. und 7. März wird die Volkskammer über einen Gesetzentwurf zur Privatisierung beraten, der einen Riesenschritt zur Wiedereinführung der kapitalistischen Ausbeutung in unserem Lande darstellt. Westliche Großkonzerne werden autorisiert, „Joint ventures“ zu formen; Firmen, die 1972 enteignet wurden, werden an ihre ehemaligen Besitzer und Erben zurückgegeben, Kombinate sollen aufgeteilt werden, Marktpreise werden eingeführt.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ruft alle Berliner Arbeiter dazu auf, in den Fabriken zu mobilisieren und zur Volkskammer zu marschieren, um diesen Ausverkauf zu stoppen! Wir fordern alle politischen Tendenzen, Gewerkschafts- und Betriebsorganisationen, die behaupten, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, auf, zu einem machtvollen Klassenprotest zusammenzukommen.

Als Anlauf hat die Regierung am Donnerstag eine Verordnung verabschiedet, alle VEBs in Kapitalgesellschaften mit Aktienbeteiligung umzuwandeln. Trotz all dem Geschwätz über die Möglichkeit für das Volk, Aktien zu bekommen — bei Betrieben, die schon seit langem dem arbeitenden Volk gehören —, bereiten sie in Wirklichkeit den Weg für die kapitalistische Übernahme. Aber wer hat Modrow/Luft das

Recht gegeben, das zu verkaufen, was wir mit unserem Schweiß und unserer Arbeit aufgebaut haben?

Stellvertretende Ministerpräsidentin Luft sagte im Radio, sie wollen die Wirtschaft bis zum 18. März verwalten, und dann „Schluß machen“. Sie wollen die DDR dicht machen. Und das heißt unsere Betriebe zu zerstören: Brown-Boveri organisiert jetzt ein „Joint venture“, um sich VEB Bergmann-Borsig anzueignen; Osram-Bosse verhandeln über eine „Partnerschaft“ mit NARVA-Bürokraten, die zum Verlust von Arbeitsplätzen in beiden Teilen Berlins führen wird.

Der FDGB fordert, daß vor den Wahlen ein neues Gewerkschaftsgesetz in Kraft gesetzt wird, damit die Arbeiter das „Mitspracherecht“ mit dem Kapital bei „Joint ventures“ haben. Aber wie die Massenentlassungen nach der Niederlage des Rheinhausen-Stahlstreiks beweisen, diese „Mitbestimmung“ dient nur dazu, die Diktatur des Kapitals zu verschleiern, und die Arbeiter an ihre eigene Ausbeutung zu fesseln. Wir müssen das Entscheidungsrecht erkämpfen, durch Arbeiterräte, die die Macht direkt ausüben.

Regierungssprecher reden schon von mehr als einer halben Million Arbeitslosen bis zum Jahresende. Die Massenentlassungen haben schon begonnen, die zuerst unsere ausländischen Kollegen und Arbeiterinnen, die sich im Mütterjahr befinden, betreffen. Jetzt schließen sie Kinderkrippen in Erfurt, und die Regierung erhöht die Kinderbekleidungspreise und versucht warme Mahlzeiten an den Schulen zu streichen. Sie wollen buchstäblich den Kindern das Essen aus dem Mund reißen, um die

Fortgesetzt auf S.2

Wählt SPARTAKIST

Der Kandidat und die Partei

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands stellt Kandidaten für die Volkskammerwahlen auf, um die Werktätigen im Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für Arbeiterrätenschaft zu mobilisieren. Wir betonen, daß die grundlegenden Probleme der Gesellschaft nicht durch Parlamentarismus gelöst werden können. Abgeordnete der SpAD werden sich in der Volkskammer nicht an den Machenschaften bürgerlicher Politiker beteiligen, sie werden Repräsentanten der Partei sein, auf deren Liste und für deren Klassenkampfprogramm sie gewählt worden sind. Um dies zu gewährleisten, setzen wir eine Praxis von Lenins Bolschewiki fort, die vom Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale im August 1920 in seinen „Leitsätzen über die Kommunistischen Parteien und den Parlamentarismus“ kodifiziert worden sind. Die Leitsätze halten fest:

„Wenn die Wahlen beendet sind, muß die Organisierung der Parlamentsfraktion sich vollständig in den Händen des Zentralkomitees der Kommunistischen Parteien befinden ...

Jedem Kandidaten, der auf der Wahlvorschlagsliste der Kommunisten steht, muß ganz offiziell die schriftliche

Verpflichtung abgenommen werden, daß er auf die erste Aufforderung des Zentralkomitees der Partei das Mandat niederzulegen bereit ist.“

Jeder Kandidat auf unseren Listen hat beim Zentralkomitee der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands die im folgenden abgedruckte Rücktrittserklärung hinterlegt, damit diese im Falle einer Entscheidung des ZK zu jedem beliebigen Zeitpunkt vorgelegt werden kann. Dies ist eine Garantie dafür, daß jeder, der für Kandidaten der SpAD stimmt, nicht einfach für Individuen stimmt, die einem vielfältigen Druck, sich von den Interessen der Arbeiterklasse abzuwenden, unterliegen, sondern für eine Partei, die mit ihrem Programm steht und fällt.

Erklärung: Hiermit trete ich zurück als Kandidat/ gewählter Vertreter von der DDR-Volkskammer.

Als Kommunist, der Lenins Verständnis über die Gefahren der parlamentarischen Korruption auf Vertreter der arbeitenden Massen teilt, will ich diesen Rücktritt erklären, wenn die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands dies fordert.

Demonstriert ...

Fortsetzung von S. 1

profitgierigen Kapitalisten zu füttern.

Gleichzeitig haben die Westmedien eine Angstkampagne über das Greifswalder AKW organisiert. Es geht überhaupt nicht um Sicherheitsfragen, die am besten von Arbeitersicherheitsräten mit technisch qualifiziertem Personal entschieden werden können. Im Gegenteil, es handelt sich hier um den Versuch, das Land in einen Anschluß an die BRD hineinzupeitschen. Sie wollen in der DDR die Lichter abschalten und Greifswald kaltstellen.

Mit ihren Plänen für eine Währungsunion mit der BRD wollen sie „DM über alles“ sagen. Jetzt schicken ehemalige Wohnungsbesitzer ihre Rechtsanwälte, um die Bewohner auf die Straße zu setzen.

So wollen sie die DDR für Investoren „attraktiv“ machen. So ist die „soziale Marktwirtschaft“ — die totale Zerstörung von dem, was die Arbeiter aufgebaut haben. Über 40 Jahre hat die Volkskammer als Marionette für die stalinistische Bürokratie gehandelt; jetzt ist sie Marionette der Kapitalisten. Aber es ist unser Leben, das sie dabei zerstören.

Es geht nicht nur um die DDR: der Logik von Gorbatschows marktorientierten Perestroika-„Reformen“ folgend ist die ungarische Regierung dabei, das Ikarus-Omnibuswerk stillzulegen.

Und all dies folgt im Gang der überstürzten Wahlen zum 18. März, vom 6. Mai vorgezogen als Teil der Kampagne, die DDR in die BRD einzuverleiben. Die Regierung beeilt sich, den gesetzlichen Rahmen für eine kapitalistische Wiedervereinigung zu setzen, schon bevor das Volk seine Stimmen abgibt.

Sozialdemokraten und Christdemokraten überfluten die DDR mit DM — die Kapitalisten wollen die Wahlen kaufen, genauso wie sie das Land aufkaufen wollen. Kohl und Brandt ziehen durch den Süden, als ob der Anschluß schon Tatsache geworden wäre. Die Faschisten griffen linke Demonstranten in Karl-Marx-Stadt mit Schlagstöcken an, nachdem Kohl von der Rednertribüne sprach. Und jetzt gibt es Berichte, daß

Ronald Reagan nach Berlin kommt.

Aber die Werktätigen der DDR können und müssen kämpfen, und zwar jetzt. Wir haben unsere Kraft am 3. Januar gezeigt, als mehr als eine Viertelmillion Demonstranten zum sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park kamen, für eine Einheitsfrontaktion, um die Faschisten zu stoppen. In dieser Entscheidungsstunde müssen wir unsere Kraft zum Kampf mobilisieren.

Die Spartakist-Arbeiterpartei ruft dringend auf: Alle auf die Straße am 6. März, um den Abbau von sozial gerechtfertigten Subventionen zu stoppen, um den Aufkauf unserer Betriebe zu verhindern, um die kapitalistische Wiedervereinigung zu stoppen!

Wir rufen alle Organisationen auf, die sich gegen die Zerstörung der sozialen Errungenschaften und des sozialisierten Eigentums der DDR zur Wehr setzen, zusammen mit uns eine breite Einheitsfront-Protестaktion zu organisieren vor der Volkskammer am Dienstag, 6. März, 17 Uhr, mit den Forderungen: „Gegen die Privatisierung! Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung!“ Jeder, der sich daran beteiligen will, wird aufgefordert, seine eigene Propaganda, seine eigenen Banner und Plakate mitzubringen.

SPENDET!

Wenn du das Wahlprogramm der Spartakist Arbeiterpartei Deutschlands unterstützt, wenn du gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpfen willst, dann beteilige dich an unserer Kampagne und unterstütze sie mit sehr notwendigen finanziellen Beiträgen. Schicke, deine Spende an:

Konto der Spartakist-Gruppen, Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr. 6652-40-700955, Kennwort "SpAD"

F.Zierenberg, Konto-Nr 2 119 766 00, BLZ 500 800 00

Dresdner Bank, Frankfurt/M.

Zum Internationalen Frauentag BRD-Anschluß: Gefahr für die Frauen der DDR

In diesem Jahr muß der Internationale Frauentag am 8. März mehr als je zuvor zu einem Kampftag der werktätigen Frauen werden. Dies steht in schroffem Gegensatz zu den bisherigen Frauentagsveranstaltungen mit Blumengebunden und Festtagsreden von Margot Honecker. Die sozialen Errungenschaften der Frauen in der DDR, die jetzt massiv durch die drohende kapitalistische Restauration unter Beschuß geraten, müssen durch die Mobilisierung *aller* Werktätiger verteidigt werden. Und diese Angriffe haben schon begonnen: Subventionen für Grundnahrungsmittel und die Versorgung der Kinder, die es den Frauen ermöglicht, zu arbeiten, werden angegriffen; das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, die Integration der Frauen in das soziale Leben — all das wird durch eine kapitalistische Wiedervereinigung bedroht.

Als bekannt wurde, daß Volker Abend, stellvertretender Erziehungsminister, Berichten zufolge das kostenlose Schulesen — als Ausdruck von „Sozialismus“ und „Diktatur“ — abschaffen wollte, kam es im letzten Monat zu Protesten von Tausenden von Frauen. Und am Sonnabend, den 3. März, haben mehrere tausend Frauen und Männer auf dem Alexanderplatz gegen die Kürzung der Kinderversorgung demonstriert. Ein Plakat rief auf zu „Kindergärten auch nach der Wahl!“, ein anderes fragte: „Sagt uns, was wird aus unseren Arbeitsplätzen“, und eines stellte kategorisch fest: „**Herr** Abend: Sie sind ein Lügner!“

Der Kampf, die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der DDR abzuwehren, ist ein Kampf zur Aufrechterhaltung der kollektivierten Eigentumsformen und um eine kapitalistische Restauration zu verhindern. Während Frauen in der DDR das Recht auf freien und kostenlosen Schwangerschaftsabbruch und auf das Mütterjahr haben, existiert im imperialistischen Nachbarstaat BRD auf Grundlage des Schandparagraphen 218 eine Hexenjagd gegen Ärzte und Frauen, die eine Abtreibung durchführen. Während 94% der Frauen in der DDR arbeiten, hat die BRD einen der niedrigsten Prozentsätze an Frauen im Arbeitsprozeß. Es gibt bereits Berichte darüber, daß der Anstieg von Schwangerschaftsabbrüchen in der letzten Zeit auf die Sorge der Frauen zurückgeht, ihre Kinder nicht mehr aufziehen zu können und gleichzeitig zu arbeiten.

Ein kapitalistischer Anschluß der DDR wäre ein enormer Rückschritt und würde sich besonders gegen eingewanderte Frauen richten, die seit Jahren unter der Diskriminierung und dem Chauvinismus des stalinistischen Regimes leiden und jetzt verstärkt angegriffen werden. Vietnamesischen Arbeiterinnen beispielsweise wird es nicht erlaubt, Kinder zu kriegen während sie hier sind: Sie müssen entweder ihre Schwangerschaft abbrechen oder nach Hause zurückkehren.

Als die Arbeiterfrauen von St. Petersburg vor 73 Jahren mit einem spontanen Streik und Marsch durch die Straßen den Internationalen Frauentag feierten, wurde dies zum Zündfunken der Russischen Revolution. Der Sieg der Arbeiterrevolution im Oktober 1917 öffnete der Emanzipation der Frau in den Sowjetrepubliken nicht nur in Bezug auf rechtliche Gleichheit den Weg, sondern eröffnete die Möglichkeit für die Befreiung der Frauen von den Ketten der jahrhundertelangen sozialen Unterdrückung.

Die Bolschewiki verstanden sehr gut, daß die Unterdrückung der Frauen nicht einfach durch Gesetze aus der Welt geschafft werden kann. Wie Engels erklärt hat, war die Frauenunterdrückung im Kapitalismus in der Einrichtung

der Kleinfamilie begründet. Im Sozialismus werden viele der Funktionen, die die Kleinfamilie ausübt, durch zunehmende Sozialisierung der Hausarbeit ersetzt, die Frauen werden von der Last der Haushaltspflichten befreit, was es ihnen ermöglicht, voll am sozialen und politischen Leben teilzunehmen.

Aus Anlaß des Internationalen Frauentages drucken wir nachfolgend einen der frühen Sowjet-Beschlüsse zur Befreiung der Frau ab (aus *Die Kommunistische Fraueninternationale* Heft 1, April 1921, *Beschluß des VIII. Sowjetkongresses*).

a) Die Arbeiterinnen und Bäuerinnen sind zu allen Wirtschaftsorganisationen heranzuziehen, die den einheitlichen Wirtschaftsplan ausarbeiten und verwirklichen; ebenso zu den Fabrikverwaltungen, Fabrikausschüssen und zur Verwaltung der Gewerkschaftsverbände.

b) Zum Zwecke der Einschränkung der unproduktiven Arbeit der Frau im Haushalt und bei der Kinderpflege verpflichtet der VIII. Rätekongreß die Ortsräte, die Arbeiterinnen zu ermuntern, mit ihrer Initiative und Tätigkeit die Reformen gesellschaftlicher Einrichtungen, Anfänge des kommunistischen Aufbaus zu unterstützen, wie die Organisation kommunaler Häuser und Werkstätten für Kleider- und Wäscheausbessern in Stadt und Dorf, die Organisation von Verbänden von Putzfrauen, die Erstellung von Kinderasylen, gemeinsamen Wäschereien und Speisehäusern.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands kämpft für die politische Herrschaft von Arbeiter- und Soldatenräten als der einzigen Möglichkeit, die Restauration des Kapitalismus zu verhindern und die Rechte und sozialen Errungenschaften der Frauen beizubehalten und zu erweitern.

Kommt zum Wahlkampfzentrum: Die Wahlkampagne der SpAD braucht eure Hilfe!

Helft uns, ein eindrucksvolles Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung zu organisieren! Helft uns bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Verteidigung ihres Eigentums, ihrer sozialen Errungenschaften, ihre Zukunft! Arbeiter, Soldaten, Jugendliche. Rentner schließt euch unserer Kampagne an und bringt sie in eure Fabriken und Arbeitsstellen, eure Kasernen und Schulen, die Jugendclubs und Gewerkschaften, in euren Wohnbezirk. Kommt nach Treptow!

Spartakist-Treffpunkt

**Kreiskulturhaus-Treptow
Puschkinallee 5, Berlin
1. Stock, Raum 19**

**geöffnet Mo.-Do. 17-21 Uhr
Samstag 17-21 Uhr
Freitag geschlossen**

Von Stalin zu Gorbatschow

RGW scheitert am Nationalismus

Für sozialistische Integration von UdSSR und Osteuropa!

Nachfolgend veröffentlichen wir den ersten Teil des Artikels der aus Workers Vanguard Nr. 495 (9. Februar), der Zeitung unserer amerikanischen Sektion Spartacist League/U.S. übersetzt worden ist. Der 2. Teil folgt in der nächsten Ausgabe von Arprekorr.

Michail Gorbatschow ist der unbewußte, aber tatsächliche Agent der Wall Street und der Frankfurter Bankhäuser in Osteuropa. Vor einem Monat warf Herr Perestroika eine weitere Bombe wirtschaftlicher Art auf das zerfallende Bündnis des Warschauer Pakts. Auf einer Sitzung der Handelsorganisation des Sowjetblocks, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), die in Sofia, Bulgarien, abgehalten wurde, schlug Moskau vor, daß ab nächstem Jahr der ganze Handel zu Weltmarktpreisen abgewickelt werden sollte, in (westlichen) Devisen.

Jahrelang hat die Sowjetunion an Osteuropa Erdöl zu Preisen verkauft, die weit unter denen vom Persischen Golf lagen, und gleichzeitig dafür minderwertige Maschinen akzeptiert, die man im Westen nicht verkaufen konnte. Dies war der wirtschaftliche Preis, den die stalinistische Kremlbürokratie zu zahlen bereit war, um die militärische Stärke und politische Hegemonie der Sowjetunion östlich der Elbe aufrechtzuerhalten. Doch jetzt ist das Gorbatschow-Regime bereit, von der DDR bis Bulgarien kapitalistische Konterrevolution zu akzeptieren, um den westlichen Imperialismus zu beschwichtigen.

Gleichzeitig streben die russischen Stalinisten nach kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteilen auf Kosten ihrer osteuropäischen Handelspartner. Als der sowjetische Ministerpräsident Nikolai Ryschkow Moskaus neue Pläne für den RGW das erste Mal bekanntgab, schrieb der Londoner *Economist* (16. Dezember 1989):

„Osteuropas Handelsbeziehungen sind dabei, zusammenzubrechen . . . Falls dies geschieht, würde es ganze Teile ihrer unproduktiven Schwerindustrie beinahe über Nacht vernichten und ihrer Wirtschaft einen Schock versetzen, der weit größer ist als es für den Westen in den 70er Jahren die Preissteigerungen bei Erdöl waren.“

Für diejenigen, die Ironie zu schätzen wissen, hatte die RGW-Konferenz in Sofia ihre Augenblicke von amüsantem Polittheater. Die neuen osteuropäischen Regime, die von „freier Marktwirtschaft und westlichem Kapitalismus am meisten begeistert sind, schrien Mord und Totschlag, als die Kremlstalinisten sie in das rauhe Klima von Weltmarktpreisen und konvertiblen Währungen stoßen wollten. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Viadimir Dlouhy, dessen Regierung den Abzug der sowjetischen Truppen aus seinem Land verlangt, rief aus, daß die „sofortige Durchführung“ von Moskaus Vorschlag „für die Tschechoslowakei katastrophal wäre“. Polens Ministerpräsident von Solidarnosc, Tadeusz Mazowiecki, flehte die Russen an radikale Änderungen bei der Festsetzung der Brennstoff- und Rohstoffpreise für fünf Jahre zu verschieben. So viel zur „freien Marktwirtschaft“!

Die neuen antikommunistischen Regime in Prag, Budapest und Warschau verhalten sich hier genau wie ihre Paten im kapitalistischen Westen. Jedesmal wenn ein Finanzier oder Industrieller vor dem Bankrott steht, schreit er nach der Sozialisierung seiner Schulden. Das Amerika von Reagan und

Bush bedeutet Sozialismus für die Reichen (die Regierung hat über 100 Milliarden Dollar springen lassen, um den Bankrott der amerikanischen Hypothekbanken zu verhindern), kombiniert mit Privatunternehmertum für die Armen (das Betteln der Obdachlosen auf der Straße).

Die Anwendung von Perestroika auf den RGW ist der schwerste Schlag wirtschaftlicher Art, den Gorbatschow der Verteidigung des Kollektiveigentums im belagerten Osteuropa versetzen konnte, vor allem in der DDR. Nur ein paar Tage nach dem RGW-Gipfel von Sofia stimmte die Ostberliner Volkskammer für die Änderung der Verfassung der DDR, um ausländische Investitionen zu erlauben. Die einfachste Art für die DDR, Devisen zu kriegen, mit denen sie das verteuerte Erdöl und Erdgas aus der Sowjetunion bezahlen kann, ist der Verkauf ihrer Fabriken. Dies hat jetzt angefangen, wo der westdeutsche Bremsenhersteller Knorr einen Anteil von 50 Prozent am Berliner Bremsenwerk kauft, das Eisenbahnbremsen herstellt.

Dieser Ausverkauf hängt direkt zusammen mit den Entwicklungen im RGW. Die DDR ist der größte Exporteur der Welt für Personenzüge, hauptsächlich in die UdSSR. Insgesamt wird 66 Prozent des DDR-Außenhandels mit dem RGW abgewickelt. Fast alle ihre Rohstoffe kommen aus der Sowjetunion, darunter 80 Prozent des Erdöls, 99 Prozent des Holzes und das ganze Erdgas, sowie ein großer Teil des Eisens und der Nichteisen-Metalle. Doch da der sowjetische Handel zu einer Devisenbasis übergeht, wenden sich die Kombinatmanager in der DDR an den (kapitalistischen) Weltmarkt. Jetzt gibt Gorbatschow auch noch sein Ja für die Einverleibung der DDR durch die Deutsche Bank und die Ruhrindustriellen: Er erklärt, daß „niemand irgendwelche Bedenken vorbringt gegen“ die deutsche Wiedervereinigung, und macht so die sowjetische Position rückgängig, dies „stehe nicht auf dem Programm“.

George Orwell machte einmal die Bemerkung, daß die westlichen Antikommunisten glauben, Stalin sei teuflisch gerissen gewesen, während er in Wirklichkeit kurzsichtig und opportunistisch war. Diese Worte beschreiben Stalins gegenwärtigen liberalen Erben im Kreml haargenau. Stalin glaubte, er könnte durch diplomatische Manöver mit Nazideutschland fertigwerden — erst die „Volksfront“ mit den „demokratischen“ imperialistischen Mächten Westeuropas, dann der „Nichtangriffspakt“ mit Hitler. Die sowjetische Bevölkerung bezahlte für Stalins Klassenzusammenarbeit mit 20 Millionen Toten. Jetzt ist Gorbatschow dabei, den Weg zu ebnen für ein Viertes Reich und ein neues Unternehmen Barbarossa.

Von der Stalin-Ära zum Ende des „Gulasch-Kommunismus“

Die sowjetische Rote Armee zerschlug Hitlers Unternehmen Barbarossa, zerstörte Nazideutschland und kam so dazu, Osteuropa zu besetzen. Die vom US-Imperialismus gestartete Offensive des Kalten Krieges — darunter zahlreiche Drohungen, auf russische Städte die Atombombe abzuwerfen — zwangen Stalin und seine osteuropäischen Anhänger, bürokratisch deformierte soziale Revolutionen durchzuführen und damit das kapitalistische Eigentum zu enteignen, um der Sowjetunion die militärische und politische Kontrolle über die Region zu sichern.

In der Stalin-Ära imitierten die osteuropäischen „Volksdemokratien“ die Sowjetunion an allen Fronten. Wirtschaftlich waren sie gekennzeichnet durch Autarkie und eine Kampagne für Selbstversorgung. Der Außenhandel, selbst

innerhalb des Sowjetblocks, wurde auf ein Minimum beschränkt. Investitionen wurden auf die Schwerindustrie konzentriert, auf Kosten der Konsumgüter. In Rakosis Ungarn zum Beispiel gingen 90 Prozent aller Investitionen in die Schwerindustrie. Ein totalitärer Polizeistaatsapparat sorgte für eine strenge Arbeitsdisziplin, während der Lebensstandard sowohl der Arbeiter als auch der Bauern nach unten getrieben wurde, im Namen des „Aufbaus des Sozialismus“.

Als der Woschd (Führer) starb, explodierte Osteuropa — der Ostberliner Arbeiteraufstand im Juni 1953, der polnische „Oktober“ 1956 und die ungarische Revolution ein paar Monate später. Doch die stalinistischen Bürokratien überlebten diese elementaren Erhebungen durch eine Mischung aus politischer Demagogie und militärischer Repression. In Polen entschärfte Gomulka eine revolutionäre Situation dadurch, daß er den Arbeitern Demokratisierung und größere nationale Unabhängigkeit versprach. In Ungarn schlugen sowjetische Panzer eine echte proletarische politische Revolution nieder.

Aber es konnte kein Zurück mehr geben zur Stalin-Ära, mit ihren „Modelle-Arbeitern, den Lebensmittelkarten und der ständigen Angst, von der Geheimpolizei schikaniert zu werden. Unter Chruschtschow und später unter Breschnjew versprachen die Herrscher des Sowjetblocks ihrer Bevölkerung einen ständig steigenden Lebensstandard, einen sicheren Arbeitsplatz und eine gelockerte Arbeitsdisziplin. Die Zeit von Ende der 50er Jahre bis Mitte der 70er Jahre könnte man die Ära des stalinistischen Konsumrauschs nennen oder des „Gulasch-Kommunismus“, der Ausdruck, den Chruschtschow anerkennend für Janos Kadars Ungarn verwendete. Ein zentraler Faktor, der in den 60er und Anfang der 70er Jahre zu den relativ hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten in Osteuropa beitrug, war der Zugang zu sowjetischem Erdöl, das reichlich und billig zu haben war. Tatsächlich verbrauchten die Fabriken in Osteuropa weit mehr Energie pro Produktionseinheit als in Westeuropa, wo importiertes Erdöl stark besteuert wurde.

Anfang der 70er Jahre manipulierte das Kartell von der OPEC und den Sieben Schwestern (d. h. die Saudi-Monarchie, der Schah von Iran und das Rockefeller-Imperium) einen Anstieg des Weltmarktpreises für Erdöl um das Vierfache. So kam es, daß die Sowjetunion 1974 an ihre RGW-Partner Erdöl verkaufte, das 30 Prozent billiger war als das, was es in Westeuropa einbrachte, noch dazu in Dollar und D-Mark. Das Breschnjew-Regime war hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, die politische und wirtschaftliche Stabilität seiner Warschauer-Pakt-Verbündeten zu erhalten, und dem Appetit, sich an dem Wucher zu beteiligen, den das OPEC/Sieben-Schwestern-Kartell praktizierte.

Der klassische britische Ökonom David Ricardo erklärte, daß der Marktpreis von Naturschätzen (ihm ging es um die englische Landwirtschaft) von dem Wertgesetz abweicht (Wertmaßstab ist die zur Produktion durchschnittlich notwendige Arbeitszeit). Die Preise für landwirtschaftliche Produkte und für Rohstoffe werden bei einem bestimmten Niveau der Nachfrage reguliert durch den Produzenten mit den höchsten Kosten. Ricardo, und nach ihm Marx, nannte die glückliche Gewinnspanne zwischen den Produzenten mit den niedrigsten und den höchsten Kosten die Differentialrente. Ricardo — der gründlichste und rationalste aller bürgerlichen Ökonomen — trat dafür ein, die ganze Differentialrente durch Steuern wegzunehmen, da sie keinen Beitrag zur Produktion leistet.

Anfang der 70er Jahre kostete es ungefähr 50 Cent, am Persischen Golf einen Barrel Öl zu fördern. Der Weltmarktpreis war aber 40mal so hoch und stieg immer noch. Der Sowjetunion — obwohl die Förderkosten in Sibirien viel höher sind als im Nahen Osten — war es möglich, einen

bedeutenden Teil der Differentialrente einzustreichen, die auf dem Weltmarkt für Erdöl erzeugt wird. Der Wert der sowjetischen Exporte von Erdöl und Erdgas in die entwickelte kapitalistische Welt stieg von 4,5 Milliarden Dollar 1975 auf 21 Milliarden Dollar 1983 (das Spitzenjahr). Die Preissteigerungen bei Erdöl maskierten zum Teil die zunehmenden inneren Schwächen der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft Ende der 70er Jahre und glichen sie zum Teil aus. Der enorme Zustrom von Petrodollars ermöglichte es dem Breschnjew-Regime, die Nahrung der sowjetischen Bürger bedeutend zu verbessern, indem es Viehfutter für die Rinderzucht importierte.

Gleichzeitig setzte der wirtschaftliche Nationalismus der sowjetischen Stalinisten — unter dem schwerfälligen, konservativen Breschnjew — Entwicklungen in Gang, die jetzt die brüchigen Strukturen der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten zertrümmert haben. Zwischen 1974 und 1980 erhöhte Moskau den Ölpreis für seine RGW-Partner um 400 Prozent und kürzte gleichzeitig seine Lieferungen, um mehr auf den westlichen Märkten zu verkaufen. Also mußten die osteuropäischen Regime, um ihre Fabriken mit Brennstoff zu versorgen, bei den Banditen vom Persischen Golf und von Texas kaufen. Gegen Ende des Jahrzehnts wurden 20 Prozent von Osteuropas fossilem Brennstoff zu Wucherpreisen auf dem Weltmarkt gekauft, in Devisen.

In den 70er Jahren erhielten die osteuropäischen stalinistischen Regime — Giereks Polen, Kadars Ungarn, Honeckers DDR — einen unsicheren sozialen Frieden dadurch aufrecht, daß sie ihrer Bevölkerung ein steigendes Konsumniveau bei völliger wirtschaftlicher Sicherheit anboten. Als daher ihre Handelsbilanzen in den Keller gingen, versuchten diese Regime verzweifelt, Lohnkürzungen, Stilllegungen von weniger rentablen Fabriken sowie Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden. Also verpfändeten Gierek, Kadar und Honecker ihre Länder an die Kredithäie von Wall Street, Londoner City und Frankfurt. Osteuropas Schulden bei den westlichen Banken verfünffachten sich fast zwischen 1974 und 1980, von 12 Milliarden Dollar auf 55 Milliarden Dollar. Und dann ging es wirklich den Bach runter. (Wird fortgesetzt)

möchte . . . Stück APPREKORR zum Verkaufen

ich möchte . . . Stück Spartakist zum Verkaufen

Ich/Wir wollen i

Ich möchte Mitglied der w SpAD werden

Name _____

Straße _____

PLZ _____ Ort _____

Tel. _____



Abonniert Spartakist, Zeitung der SpAD!
Volles Abo (8 Ausgaben): DM 10,—/10 Mark der DDR
Alle Abos enthalten Spartakist (deutsche Ausgabe)
Zu beziehen über Spartakist-Gruppen
Sparkasse der Stadt Berlin, Konto-Nr 6652-40-700955

Postfach 21 07 50
 1000 Berlin 21

Nicaragua...

Fortsetzung von S.8

daß Yankee-Dollars eine deutlichere Sprache sprechen als Ortigas Süßholzgeraspel.

Mehr als zehn Jahre war der kapitalistische Staatsapparat der Somozadiktatur und seine Nationalgarde zerstört und eine neue Armee unter der Führung der Sandinisten wurde aufgebaut. Aber Nicaragua ist nie ein Arbeiterstaat gewesen, nicht einmal einer, der von der politischen Herrschaft einer stalinistischen Bürokratie deformiert wird, so wie in der DDR und den anderen osteuropäischen- Staaten. Während die riesigen Besitztümer der Somozafamilie nach der Revolution enteignet wurden, sind 60 % der Wirtschaft in den Händen der Bourgeoisie Nicaraguas geblieben, die weiterhin ihren verschwenderischen Lebensstil pflegen durften, während die armen den Preis zahlen mußten für die imperialistische Aushungerungskampagne. Die Weigerung, die Bourgeoisie Nicaraguas zu enteignen, hat den Imperialisten eine mächtige Agentur für eine Konterrevolution verschafft, mitten im Herz der Gesellschaft Nicaraguas.

Vor zehn Jahren haben die Arbeiter und Bauern *gedacht*, wofür sie kämpften sei eine sozialistische Revolution. Sie haben die Fabriken und Haciendas besetzt und stießen auf Widerstand — nicht von der Nationalgarde, sondern von der sandinistischen Regierung. Der „dritte Weg“ war ein bewußtes Programm, die Bourgeoisie zu subventionieren während die Werktätigen die Opfer bringen mußten. Der Wahltriumph der „demokratischen“ Konterrevolution läßt jetzt ein Racheblutbad gegen Aktivisten der Sandinisten und der Arbeiterklasse befürchten. Direkt nach der Verkündung der Wahlergebnisse ist ein sandinistischer Aktivist von einem rechten Lynchmob, ermordet worden. Die neue Regierung von Violetta Chamorro droht nun die verhaßten Contras zurückzubringen und sie an der Spitze eines reorganisierten Militärs einzusetzen. Aber die Frage ist immer noch: Wer hat die Waffen? Die sandinistische Armee ist noch nicht aufgelöst, und die plebejischen Massen werden es nicht zulassen, daß sie wehrlose Opfer eines rechten Massakers werden. Nicaragua steht am Rande eines Bürgerkriegs. Jetzt müssen Arbeitermilizen gebildet werden und die Werktätigen müssen sich die Waffen sichern, um sich zu verteidigen.

Aber die Frage der Waffen ist der Frage der politischen Strategie untergeordnet. Die Situation in Nicaragua erinnert in gewisser Hinsicht an den spanischen Bürgerkrieg in den 30er Jahren. Fidel Castro hat die Sandinisten beschworen, kein „zweites Kuba“ zu werden. In Spanien hat die

republikanische Regierung unter Stalins Anleitung versucht, die spanischen und internationalen Kapitalisten zu besänftigen, während sie militärisch gegen die Truppen Francos gekämpft haben. Es war die republikanische Regierung selber — und Stalins KGB — die die unabhängigen Organisationen der Arbeiterklasse unterdrückt haben, vor allem beim Aufstand von Barcelona 1937. Letztendlich hat Franco nicht nur die Volksfront zerschlagen, sondern auch die Arbeiterklasse.

Was Nicaragua jetzt braucht ist eine leninistisch-trotzkistische Partei, um die Arbeiterklasse im Kampf um die Staatsmacht zu mobilisieren. Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) hat darum gekämpft, solch eine Partei aufzubauen. Viele unserer jungen Genossen haben als Brigadistas gearbeitet. Nach dem US-Embargo haben wir für die Revolution eine materielle Hilfskampagne organisiert, die in Nordamerika mehr als 30000 Dollars erbracht hat. Und wir haben die bittere Wahrheit gesagt, welche Niederlage die sandinistische Politik der Klassenzusammenarbeit und der Volksfront herbeiführen könnte.

Was hinter den Ereignissen in Nicaragua steht, ist die Politik des Kremls, vor den imperialistischen Mächten zu kapitulieren. Daß Gorbatschow Washington in Zentralamerika grünes Licht gibt liegt auf der gleichen Linie wie seine Kapitulation vor einem neuen Vierten Reich in Deutschland. Der sandinistische Innenminister Tomas Borge beschwert sich bitter, daß die DDR vor kurzem» ihre Unterstützung für die Sicherheitskräfte Nicaraguas abgebrochen hat. Jetzt ermutigt die Niederlage in Nicaragua Washington dazu, sich das isolierte Kuba vorzunehmen. Der Stalinismus unterminiert die Verteidigung der Arbeiterstaaten.

Hierin liegt eine Lehre für die Werktätigen der DDR, die heute selbst Ziel einer Kampagne der wirtschaftlichen Destabilisierung ist, die darauf abzielt, Panik zu schaffen und den Ausverkauf unseres Arbeiterstaates vorzubereiten. Ein isolierter Arbeiterstaat, selbst ein revolutionärer Staat mit einer soliden industriellen Basis, wird letztendlich von der Macht des Weltimperialismus bezwungen werden, wenn die kapitalistischen Herrscher nicht vorher durch Arbeiterrevolutionen gestürzt werden. Die Spartakist- Arbeiterpartei Deutschlands, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), kämpft für den einzigen Weg, die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen, die Strategie der internationalen sozialistischen Revolution.

VERANSTALTUNGSKALENDER

Nein zur kapitalistischen Wiedervereinigung! Wählt Spartakist!

Leipzig

Donnerstag, 8. März, 19 Uhr
Deutsch-Sowjetisches Freundschaftshaus, Filmsaal
Dittrichring 21, Leipzig 7010

Halle

Sonntag, 11. März, 15 Uhr
Kultur- und Tageszentrum Halle
Leninallee 70, Halle 4020

Bernburg

Was wollen die Spartakisten
Donnerstag, 8. März, 19 Uhr
Jugendclub, Zepziger Weg, Bernburg 4350

Rostock

Dienstag, 13. März, 18 bis 21 Uhr
Montag, 19. März, 18 bis 21 Uhr
Haus der Freundschaft, Doberaner Straße

Berlin

Mittwoch, 7. März, 19.30 Uhr
Jugendclub Trarbacher Straße 23
Trarbacher Straße 23
Berlin 1120, Weißensee

Samstag, 10. März, 16 Uhr
EAW Kulturhaus, Hoffmannstr. 15-26, Berlin 1193

KPD, Vereinigte Linke

Kapitalistische Wiedervereinigung: Wie sie sich positionieren

Nachstehend drucken wir in leicht überarbeiteter Fassung Auszüge der Bemerkungen, die ein Sprecher der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands bei unserer Pressekonferenz in Berlin am 1. März, auf der unsere Kandidaten vorgestellt wurden, machte.

Eine Bemerkung zu den anderen Parteien, die kandidieren. Die PDS ist heute eine Partei, die für „Deutschland einig Vaterland“ kandidiert, indem sie Modrow zum Spitzenkandidaten gemacht haben, der diese Parole übernommen hat. Die Variante, die sie dabei haben gegenüber der SPD ist die Formulierung „für eine souveräne DDR im Prozeß der Vereinigung“.

Aber die Frage ist eben Vereinigung: Welche Klasse wird dabei herrschen? Und hier geht es um eine kapitalistische Vereinigung.

Die andere linke Partei, die hier kandidiert, ist die KPD, wo man diese Frage stellen kann. Diese Partei ist zum Teil unklar über die Frage der Vereinigung, die also ein Spektrum repräsentiert. Bei ihrem Gründungskongreß am 17. 2. im Frankfurt/Oder ist die KPD an den Rand der Spaltung über die Frage der Wiedervereinigung gebracht worden. Viele, von der Dresdner Delegation angeführt, traten „Für die Einigkeit der deutschen Nation“ ein. Und dann gibt es hier eine Erklärung im *Neuen Deutschland* von Montag, der unseres Wissens nach nicht widersprochen ist, und zwar wird dort über eine Rede der stellvertretenden Vorsitzenden der KPD, Traudel Schmidt, berichtet: „Für die sozialen Rechte der Werktätigen in der DDR trat die stellvertretende Vorsitzende der KPD Traudel Schmidt ein. Sie plädierte für staatliche Eigenständigkeit im Prozeß der Einigung. Es gehe darum, gemeinsam für die Absicherung der Arbeitsplätze, die soziale Sicherheit von Mutter und Kind sowie der Veteranen einzutreten.“ Diese Sache können wir nur so interpretieren, daß das eben auch die Formulierung der PDS ist, „souveräne DDR im Prozeß der Vereinigung“ nicht sofort, nur schrittweise. Das ist eine Sache, die wir an die KPD herantragen.

Bei der Vereinigten Linken gibt es sowohl Aussagen, die gegen eine kapitalistische Vereinigung sind, obwohl sie diese Formulierung vermeiden, auch zu einem Zeitpunkt, als sie selber noch bedingungslos für die Aufrechterhaltung der DDR gewesen sind, also im Dezember noch. Und es gibt

auch Aussagen, die in die Richtung der PDS gehen, insbesondere Aussagen für Marktwirtschaft. Wir sind halt für Planwirtschaft und Arbeiterdemokratie und das Außenhandelsmonopol, um die DDR zu verteidigen auf wirtschaftlichem Gebiet, um die Errungenschaften der Arbeiter hier zu verteidigen, was insbesondere heißt, keine Massenarbeitslosigkeit wie im Westen.

Daß die Treptower Demonstration vom 3. 1. diese Masse von Leuten auf die Straße gebracht hat, die gegen Faschismus kämpfen wollen und auch für die Rote Armee — denn es war ja das sowjetische Ehrenmal, das beschmiert worden ist —, hat diese hysterische Kampagne ausgelöst gegen uns und gegen die SED/PDS in den ganzen westlichen Medien, mit dem Inhalt, daß diese faschistischen Provokationen von der Stasi begangen worden sind und von der SED. Es gibt auch eine ganze Reihe von anderen Gruppen und Parteien, die diese Kampagne mitmachen. Zum Beispiel ist es so, daß die Vereinigte Linke da eine sehr ambivalente Haltung dazu hat, die uns gesagt hat, daß Treptow durchaus möglich ist, daß das eben auf die Stasi zurückgeht. Also hat sie vor dieser Welle kapituliert.

... Und die politischen Piraten des BSA

Ich will eine Gruppe erwähnen, die bei den Wahlen hier kandidiert. Das ist der BSA, Bund Sozialistischer Arbeiter, den wir kennen. Und zwar sind das politische Banditen, was heißt, politische Piraten, die jede Fahne hissen, um ein beliebiges Ziel anzugreifen. Die haben diese Kampagne mitgemacht, die Demonstration in Treptow angegriffen, die antifaschistische Mobilisierung. Das ist eine Partei, die jede Gelegenheit wahrgenommen hat, an den heißen Punkten der Welt gegen die Sowjetunion und damit gegen die Arbeiterstaaten zu handeln und zu agitieren. So unterstützen sie in Afghanistan die Mullah-Banditen gegen die Regierung, wo wir die Rote Armee unterstützt haben. Die waren für die Machteroberung dieser katholischen reaktionären Organisation Solidarnosc 1981 und sind für den Abzug der sowjetischen Truppen. Insbesondere muß man sagen, daß sie sich noch nie an einer antifaschistischen Aktionseinheit beteiligt haben. Wir kämpfen für eine Arbeiterfront, einen Zusammenschluß von Arbeiterorganisationen und anderen Organisationen, um die Faschisten zu stoppen.

„Marktsozialismus“ in Osteuropa

Eine Broschüre über die Wirtschaft der osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten - eine Analyse von Jugoslawien, Ungarn und Ostdeutschland im Kontext mit Gorbatschows Perestrojka. Die Broschüre geht auf frühere Versuche der herrschenden Bürokratien ein, die Stagnation durch Dezentralisierung und „marktorientierte“ Reformen zu bekämpfen, und sie stellt dem das trotzkistische Programm entgegen: für zentralisierte Wirtschaftsplanung auf der Basis von Arbeiterdemokratie.

DM 3,- / 3 Mark (40 Seiten)

Zu beziehen über SpAD und Spartakist-Gruppen.
Einzahlungen an:

Sparkasse der Stadt Berlin.
Konto-Nr. 6652-40-700955



Spartakist-Arbeiterpartei stellt Kandidaten vor

Arbeiterkampf gegen kapitalistische Wiedervereinigung

Am 1. März stellte die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands ihre Berliner Kandidaten für die Volkskammerwahlen am 18. März vor. Spartakist-Kandidaturen wurden auch in Rostock, Leipzig und Halle eingereicht. Trotz bürokratischer Hindernisse werden auch in anderen Wahlkreisen noch weitere Kandidaten der SpAD aufgestellt.

Die Spartakist-Arbeiterpartei erhebt bei diesen Wahlen als einzige die Stimme für die große Anzahl von DDR-Bürgern, die ohne Wenn und Aber „Nein“ sagen zur kapitalistischen Wiedervereinigung. Auch andere Parteien behaupten, sie wollen die sozialen Errungenschaften der DDR verteidigen, aber sie nehmen entweder die kapitalistische Wiedervereinigung als unvermeidlich hin oder schlagen falsche Kompromisse wie „Marktsozialismus“ vor, die ihr nur den Weg bereiten.

Die Spartakisten haben bei der Initiierung des Treptower Massenprotests am 3. Januar gegen die Nazischändung des sowjetischen Ehrenmals eine wichtige Rolle gespielt. Bei dieser Gelegenheit und seitdem haben wir wiederholt davor gewarnt, daß die SPD das Trojanische Pferd für eine kapitalistische Wiedervereinigung ist. Wir fordern die anderen Parteien, die angeben, die Interessen der Werktätigen zu

verteidigen, auf, sich uns in der offenen und eindeutigen Stellungnahme gegen kapitalistische Wiedervereinigung anzuschließen.

Die Kandidaten der SpAD sagen den Werktätigen der DDR die Wahrheit: Um unsere sozialen Errungenschaften zu verteidigen, müssen wir unsere Kraft mobilisieren, in den Betrieben und auf der Straße, um unsere kollektivierte Wirtschaft zu verteidigen, um die faschistische Bedrohung zu stoppen, um alle Überreste der stalinistischen Bürokratie völlig zu beseitigen und sie durch Arbeiterrätenschaft zu ersetzen. Mehrere der Berliner Kandidaten haben jahrelang bei Bergmann-Borsig gearbeitet, einem der größten Metallbetriebe der Hauptstadt der DDR. Zwei Kandidaten sind Volkspolizisten, die sich den Plänen einer Integration in die kapitalistische Polizei der BRD widersetzen.

Die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands will die Werktätigen auf beiden Seiten der Elbe organisieren, um für den wirklichen Kommunismus von Lenin und Trotzki, Luxemburg und Liebknecht zu kämpfen. Die SpAD ist die deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), die die internationalistische Politik der Bolschewik! weiterführt. Vorwärts zu einem roten Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa!

USA erdrosselt Nicaragua, kauft dann Wahlen

Für viele Menschen in der DDR ist Nicaragua etwas besonderes. Tausende von FDJlern haben sich an internationalen Brigaden beteiligt, um Nicaragua zu helfen. Die DDR hat dort Krankenhäuser gebaut. Jetzt, mehr als zehn Jahre nach dem Sturz des mörderischen Diktators Somoza, ist Nicaragua wieder soweit, von einer Bande von Marionetten der USA regiert zu werden. Viele fragen sich, wie das alles passieren konnte. Und die Ereignisse in Nicaragua haben eine direkte Bedeutung für die DDR, wo die Frankfurter Bankiers alles daran setzen, unser Land in eine Deutsche-Bank-Bananenrepublik zu verwandeln.

Jahrelang hat die amerikanische Regierung versucht, die Bevölkerung Nicaraguas militärisch zu unterwerfen, Millionen von Dollars sind an ihre Contra-Söldner geflossen, eine Bande von professionellen Mördern, Vergewaltigern und Drogenhändlern. Aber die CIA-Contras wurden militärisch auf dem Schlachtfeld besiegt. Die sandinistische Armee hat sich zu einer effektiven Kampftruppe mit rund 150 000 Männern und Frauen entwickelt, die ohne Schwierigkeiten jeden Versuch einer Contra-Invasion zurückgeschlagen haben. Die Armen und Werktätigen Nicaraguas mobilisierten, um die Errungenschaften dessen zu verteidigen, was sie als ihre Revolution angesehen haben.

Letztlich war es die wirtschaftliche Erdrosselung, die das sandinistische Nicaragua an die Wand gedrückt hat. Die USA haben ihre vorherrschende Position auf dem Weltmarkt dazu benutzt, dieses arme Land durch Aushungern zur Unterwerfung zu zwingen, durch eine Kampagne der

ökonomischen Destabilisierung und des Boykotts. Der einzige Weg, um den Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua zu bekämpfen, war die Enteignung der Bourgeoisie und die Ausschaltung ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht, um Planwirtschaft und Außenhandelsmonopol aufzubauen und zu versuchen, die Revolution auf Zentralamerika auszuweiten. Stattdessen haben die Sandinisten versucht, einen „dritten Weg“ zu finden zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Die letzten Tage haben wieder einmal gezeigt, daß es keinen „dritten Weg“ geben kann. In den Worten des französischen bürgerlichen Revolutionärs Louis de Saint Juste (1767-1794), „Wer eine Revolution nur halb macht, gräbt sich das eigene Grab.“ Weil die Sandinisten der Bourgeoisie Nicaraguas eine Konzession nach der anderen gemacht haben, ist die Konterrevolution immer dreister geworden. Während Gorbatschow in Moskau andauernd den Druck auf die Sandinisten verstärkt hat, vor den USA und seinen Marionetten in Nicaragua zu kapitulieren, haben die Amerikaner ganz offen die „demokratische“ Opposition finanziert.

Das Endergebnis war die bürgerliche Wahl letzte Woche, von der der sandinistische Führer Daniel Ortega törichterweise angenommen hatte, er könnte gewinnen, indem er eine Volksfront auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zusammensammelt, um an „alle guten Menschen“ zu appellieren. Aber die Sandinisten haben herausgefunden,

Fortgesetzt auf S.6